

Gesamtschweizerische Demonstration vom 19.9.09

Mehr soziale Sicherheit: In der Krise erst recht

Christine Goll, vpod-Präsidentin und SP-Nationalrätin Zürich

Gerade in Krisenzeiten müssen sich Menschen auf Arbeitsplätze, gesicherte Einkommen und ein stabiles Sozialversicherungssystem verlassen können. Aber die bürgerliche Mehrheit in Bundesbern treibt den verantwortungslosen Sozialabbau voran. Das lassen wir uns nicht bieten!

Wir brauchen ein starke AHV. Stoppen wir das Parlament, das soeben die Neuauflage der 11. AHV-Revision aufgleist! Worum geht es bei dieser Gesetzesänderung? Um den gleichen AHV-Abbau, den die Schweizer Stimmberechtigten, dank unserem Referendum, an der Urne vor nicht allzu langer Zeit wuchtig bachab geschickt haben: Eine weitere Erhöhung des Frauenrentenalters ohne soziale Flexibilisierung und Rentenkürzungen für alle AHV-RentnerInnen durch die Schwächung des Mischindex. Das wird die Krise verschärfen. Sollte die Mehrheit der Eidgenössischen ParlamentarierInnen tatsächlich den Volkswillen missachten, ist eines klar: Wir werden ein weiteres Mal antreten und das Referendum nochmals ergreifen. Unsere Altersrenten sind unantastbar. Wir werden keinen Rentenklau zulassen, auch nicht bei der 2. Säule. Alle Menschen müssen in Würde und finanzieller Sicherheit alt werden können.

Wir brauchen eine Arbeitslosenversicherung als tragfähiges Auffangnetz gerade für diejenigen Menschen, die in der Krise ihren Job verlieren. Die Taggelder für Arbeitslose sind keine Almosen, sondern Sozialversicherungsleistungen, für die wir alle mit unseren Lohnbeiträgen gerade stehen. Wer jetzt ausgerechnet Jugendliche und Langzeitarbeitslose bestrafen will, hat kein soziales Gewissen. Wenn junge Menschen keine Berufsperspektiven haben, schadet das der ganzen Gesellschaft. Wenn Stellensuchende noch schneller ausgesteuert werden, fühlen sie sich gedemütigt. Das dürfen wir nicht zulassen. Deshalb fordern wir 520 Taggelder für alle Erwerbslosen.

Wir brauchen eine faire Finanzierung für die familienergänzende Kinderbetreuung. Deshalb fordern vpod und Krippenverband mit einer Petition 1 % des Bruttoinlandprodukts BIP für den quantitativen und qualitativen Ausbau. Das ist die beste Investition, um die Konjunktur anzukurbeln. Es braucht geschlechterverträgliche Impulsprogramme. Sie müssen die Belastung von Frauen in der unbezahlten Arbeit, wie Kinderbetreuung und Pflegearbeit, reduzieren. Und sie müssen mehr Arbeitsstellen in von Frauen dominierten Beschäftigungssektoren, wie Bildung, Gesundheitswesen und Sozialdiensten, schaffen. Gerade bei der Kinderbetreuung besteht in der Schweiz ein gewaltiger Nachholbedarf.. Kinderbetreuung gehört zum Bildungsauftrag und ist eine Aufgabe des Service public.

Wir brauchen mehr und nicht weniger soziale Sicherheit in diesem Land. Lassen wir nicht zu, dass Alte gegen Junge ausgespielt werden! Stärken wir die generationenübergreifende Solidarität! Steuergelder für marode Banken sind kein Programm gegen die Krise. Wir fordern Investitionen ins Soziale.